

Bevölkerungsantrag 288

Eingang Stadtkanzlei: 1. Mai 2019

Ausrufung des Klimanotstandes

Am Samstag, 2. Februar 2019, folgten in der Stadt Luzern über 2'000 Menschen unserem Aufruf und gingen mit uns auf die Strasse. Wir fordern die Senkung des CO₂-Ausstosses auf netto Null bis 2030 und die Ausrufung des Klimanotstandes.

Wir sprechen damit aus, was vielen schon lange bewusst ist: Die Zeit drängt! Laut IPCC-Bericht haben wir nur noch 11 Jahre Zeit, um den Klimawandel zu bekämpfen und das Ziel von maximal 1.5 Grad Erderwärmung einzuhalten. Schaffen wir das nicht, droht die Klimakatastrophe: Extremwetter, Wirtschaftskrisen und Millionen von Menschen, deren Zuhause unbewohnbar wird. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in der Schweiz wird die Klimakatastrophe zu spüren sein: Unsere Gletscher werden weiter schmelzen, Extremwetter werden unsere Landwirtschaftserträge gefährden und zahlreiche Tierarten werden durch die Erhitzung vom Aussterben bedroht sein. Der Klimawandel ist also nicht bloss ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf allen politischen Ebenen griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die Stadt Luzern muss ihre Verantwortung wahrnehmen und jetzt den Klimanotstand ausrufen!

- Der Grossstadtrat ruft den Klimanotstand aus und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.

- Der Grossstadtrat wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Grossstadtrat orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Grossstadtrat fordert, dass die Stadt die Bevölkerung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.

Helene Meyer, Leander Studer, Elena Holz, Meret Kanza und Josefa Niederberger
namens der Antragstellenden